

»Kolleginnen sollen keine Nacht allein arbeiten«

Ver.di ruft 21 Kliniken im Saarland zu Tarifverhandlungen auf. Am Ende sollen Regelungen stehen, die mehr Personal garantieren. **Ein Gespräch mit Michael Quetting**

In den Krankenhäusern des Saarlands fehlt es an Pflegekräften. Um das zu ändern, haben Sie im November alle 21 Kliniken des Landes zu Tarifverhandlungen über mehr Personal aufgefordert. Wie zu hören ist, begegnet man Ihnen mit »freundlicher Ablehnung«.

Abgesehen von zwei Kliniken, die mit uns Sondierungsgespräche führen wollen, sind wir durchgängig abgewiesen worden. Dabei machte es keinen Unterschied, ob wir Krankenhäuser von kommunalen, kirchlichen oder privaten Trägern anfragten. Deren Begründungen waren unterschiedlich, aber im wesentlichen hieß es immer: »Wir verhandeln nicht.« Die kommunalen Häuser



Michael Quetting ist ver.di-Sekretär im Fachbereich Gesundheit im Saarland

geht, weigern sie sich, mit uns zu sprechen. Mal mehr, mal weniger bedauernd. Auch die Landesregierung spricht von 1.000 Stellen, die fehlen. Wir gehen hingegen von einem Bedarf von 3.300 aus, allerdings nicht nur für die Pflege.

Wir haben bereits über die Bedeutung des Erfolgs bei der Charité für Ihren Arbeits-

kampf gesprochen. Gibt es auch Unterschiede zwischen der Auseinandersetzung, die in Berlin geführt wurde, und der, die Sie nun im Saarland in Gang bringen?

Der Unterschied liegt darin, dass wir hier mit 21 Häusern verhandeln wollen. Die sind nicht alle in einem Verband, wir rufen also jedes einzelne zu Gesprächen auf. Würden wir uns völlig durchsetzen, hätten wir rein formal 21 Verträge. Wollen wir bei allen Häusern streiken, müssen wir darüber 21 Urabstimmungen abhalten lassen. Das wird sehr schwierig. Einen solchen Kampf hat in der Pflege noch niemand geführt.

Ein weiterer Unterschied ist auch: Die Charité schreibt schwarze Zahlen. Und tut sie das nicht, dann springt für sie das Land ein. Das würde die Landesregierung im Saarland höchstens im Fall der Uniklinik tun. Von vielen anderen Kliniken wollen die Politiker hingegen ohnehin, dass der Markt sie »herauskegelt«. Das bedeutet für uns: Kämpfen wir nur dort, wo wir stark sind – das sind die kommunalen Krankenhäuser – dann würden wir die anderen Kollegen ihren Gegnern preisgeben. Dort, wo wir Erfolg hätten, würden die Kosten enorm steigen gegenüber den anderen Einrichtungen. Deswegen haben wir festgelegt, dass wir die Entlastungstarifverträge nur anwenden, wenn sie für mindestens elf Häuser gelten.

Wie sehen Sie Ihre Chancen, dieses Ziel zu erreichen?

Die Pflegekräfte verfügen nicht über die größte Kampferfahrung und sind in vielen Kliniken schlecht organisiert. Aber seit einem Jahr arbeiten wir intensiv daran, das zu ändern. In der Zeit haben wir mindestens 400 Tarifberater gewonnen, die auch mit uns die Forderungen entwickeln. Weit über 1.000 Kolleginnen zählen wir zu den Interessierten, mit denen wir in dauerhaftem Kontakt stehen. Es spricht also vieles dafür, dass wir es schaffen können. Ringen sich die Arbeitgeber im Januar nicht dazu durch, mit uns zu sprechen, leiten wir entsprechende Maßnahmen ein.

Interview: Johannes Supe

■ Siehe Seite 15



Chor der Roten Armee. Bei einem Flugzeugabsturz am Sonntag früh bei Sotschi kamen 64 Mitglieder des Alexandrow-Ensembles und ihr Dirigent Waleri Chalilow ums Leben. Der spätere Komponist der Hymne der Sowjetunion, Alexander Alexandrow, gründete den »Chor der Roten Armee« 1928. Das Ensemble absolvierte während des Zweiten Weltkrieges mehr als 1.500 Konzerte in Kampfseinheiten und Lazaretten. Legendär waren seine Auftritte nach dem 8. Mai 1945 in Berlin und später in der DDR. Heute gehören zu ihm mehr als 200 Sänger, Musiker und Tänzer – hier bei einem Auftritt in Moskau am 31. März. (AFP/iw)

V-Mann als Chauffeur

Attentäter Amri soll »geheimem Informanten« Terrorpläne offenbart haben

Nach dem Tod des mutmaßlichen Attentäters Anis Amri durch italienische Polizeikugeln hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) schärfere Gesetze und Abschieberegeln gefordert. Politiker der Linksfaktion im Bundestag betonen dagegen, bestehende Gesetze und die Erkenntnisse der Behörden hätten ausgereicht, um den Tunesier festzusetzen, bevor er am 19. Dezember in Berlin zwölf Menschen mit einem Lkw töten konnte. Amri war 2015 nach Deutschland gekommen und von März bis September 2016 observiert worden, da er als islamistischer Gefährder galt. Nach Recherchen von »Report München« waren mindestens zwei V-Männer in dem Netzwerk aktiv, dem er zugeordnet wurde. Der ARD-»Brennpunkt« zitierte dazu am Freitagabend aus Aktenvermerken, eine »Vertrauensperson« (VP)

des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts habe Kontakt zu Amri hergestellt – laut Aktenvermerk bereits Ende 2015: »Im Verlauf der nächsten Tage erklärte Amri, mittels Kriegswaffen (AK 47, Sprengstoff) Anschläge in Deutschland begehen zu wollen«. Zwischen Februar und März 2016 sei Amri von einem »geheimen Informanten des Verfassungsschutzes« von Dortmund nach Berlin gefahren worden und soll diesem genau erzählt haben, was er plane. Auch hierzu wurde im »Brennpunkt« ein Originalvermerk gezeigt: »Er wird durch die VP gefahren und macht Angaben dazu, dass es sein Auftrag sei, im Sinne von Allah zu töten«. Daraufhin sei Amri in Berlin polizeilich observiert worden. Die Behörden hätten nach dem Anschlag in Nizza am 14. Juli auf einen Lastwagen als Waffe gefasst sein können, wie er am Abend

des 19. Dezember auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin benutzt wurde. Bundesinnenminister Thomas de Maizière pochte erneut auf die Einstufung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsstaaten. Dann würden die Asylverfahren schneller verlaufen, sagte er *Bild am Sonntag*. Der Vizevorsitzende des Innenausschusses, Frank Tempel (Die Linke), hatte am Freitag betont, es gebe bereits klare gesetzliche Grundlagen zur Strafverfolgung und zur Gefahrenabwehr. »Statt diese Person nach diesen Rechtsgrundlagen festzusetzen wurde weiter »beobachtet«, bis er plötzlich weg war«, schrieb Tempel auf seiner Facebook-Seite. »Für das Verbrechen des Terroristen sollen nun dessen Landsleute leichter abgeschoben werden«, kritisierte er das Vorhaben. **Claudia Wangerin**

■ Siehe auch Seite 8

NACHRICHTEN

Neue Offensive gegen Mossul steht bevor

Mossul. Die irakischen Streitkräfte werden laut US-Kommandeur James in den kommenden Tagen den »Islamischen Staat« in der irakischen Stadt Mossul attackieren. »Wir richten uns derzeit für die nächste Phase des Angriffs aus«, sagte James, der ein Bataillon an der südöstlichen Front befehligt, in einem am Montag veröffentlichten Interview der Nachrichtenagentur Reuters. Ziel sei es, ins Zentrum des östlichen Mossul vorzudringen. Derzeit würden Streitkräfte und Ausrüstungen positioniert. (Reuters/iw)

HDP-Vizechefin in der Türkei festgenommen

Istanbul. Eine Spezialeinheit der türkischen Polizei hat die Vizechefin der prokurdischen und linken Demokratischen Partei der Völker (HDP) festgenommen. Aysel Tugluk wurde am Montag in Ankara im Zuge von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in

der kurdischen Großstadt Diyarbakir inhaftiert, wie die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu meldete. Nach HDP-Angaben ist Tugluk zugleich Anwältin der Parteichefs Selahattin Demirtas, der zur XXII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar 2017 in Berlin als Redner eingeladen ist, und Figen Yüksesdag, die gemeinsam mit zehn weiteren HDP-Abgeordneten seit November in Untersuchungshaft sitzen. (dpa/iw)

Chef der Soko zum Attentat auf Oktoberfest abgelöst

München. Der Leiter der bayerischen Sonderkommission zum Oktoberfest-Attentat von 1980 ist abgelöst worden. Gegen ihn und fünf weitere Beamte des Landeskriminalamts (LKA) wird selbst ermittelt. Seit dem 19. Dezember leite ein anderer Kollege die Soko, die nach der Wiederaufnahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt vor zwei Jahren eingesetzt worden war, sagte der Sprecher des LKA am Montag. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg ermit-

telt gegen den bisherigen Chef und fünf weitere LKA-Mitarbeiter im Zusammenhang mit einem V-Mann-Einsatz. Es geht um den Verdacht der Strafvereitelung im Amt, Urkundenunterdrückung und Falschtausgaben.

Am 26. September 1980 hatte eine Bombe zwölf Wiesn-Besucher in den Tod gerissen und mehr als 200 verletzt. Der Täter, der Neonazi Gundolf Köhler starb. (dpa/iw)

Immer mehr Türken suchen in Deutschland Asyl

Berlin. Immer mehr Türken suchen Asyl in Deutschland. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfaktion im Bundestag hervor, aus der die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagsausgaben) zitieren. Demnach wurden von Januar bis November dieses Jahres 5.166 Asylbegehren türkischer Staatsbürger verzeichnet. Fast 80 Prozent waren Kurden. Seit dem Putschversuch von Teilen des Militärs im Juli stiegen die Zahlen deutlich an. (Reuters/iw)